

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Theodor Rathgeber

UN-Kinderrechtsausschuss

Vom 6. bis 24. September hatte der UN-Ausschuss zur Kinderrechtskonvention (*Committee on the Rights of the Child*; CRC) die Überprüfung des Staatenberichts der afghanischen Regierung angesetzt. Der Staatenbericht war noch von der Vorgängerregierung im April 2019 vorgelegt worden (Dokument CRC/C/AFG/2-5). Insgesamt sechs Schattenberichte von NGOs lagen bis August 2021 vor. Die Nachfragen des CRC zum Staatenbericht (sogenannte *List of Issues*, Dokument CRC/C/AFG/Q/2-5) hatten die Funktion der Nationalen Kommission zu Kinderrechten zum Gegenstand, ebenso das Mindestalter von Mädchen bei der Heirat, „Ehrenmorde“, den Schutz von Kindern vor Prügelstrafen, sexualisierte Gewalt bei Jungen oder das Familienrecht und die vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls. Die Fragen wären dem heutigen Regime der Taliban eher noch dringlicher zu stellen. Die Anhörung wurde verschoben, um einer neuen Regierung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Vertreter des UN-Generalsekretariats stellte fest, dass glaubwürdige Berichte über schwerwiegende Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Kinderrechte vorlägen. Am 30. August hatten der CRC und der UN-Ausschuss zu den Frauenrechten (CEDAW) dazu aufgerufen, alle in beiden Übereinkommen verankerten Menschenrechte von Frauen und Kindern zu achten und zu schützen und die neue Regierung zum Dialog mit beiden Ausschüssen aufgerufen.

UN-Sicherheitsrat

Andere hochrangige Institutionen der UNO befassen sich ebenfalls kontinuierlich mit der Lage der Menschenrechte und anderer rechtsstaatlicher Aspekte in Afghanistan. Am 9. September informierte die Sondergesandte des UN-Sicherheitsrates (UNSC), Deborah Lyons, über den aktuellen Stand der Unterstützung der Vereinten Nationen für Afghanistan (*UN Assistance Mission in Afghanistan*, UNAMA). Sie berichtete von den Dilemmata einer Unterstützung. Von den im September vorgestellten 33 Vertreter des Taliban-Regimes standen 23 auf der Sanktionsliste der UNO. Sie berichtete von der bevorstehenden humanitären Krise (siehe auch nachfolgenden Artikel), und dass humanitäre Hilfe vor allem von Einrichtungen der UNO sowie durch NGOs zu leisten wäre. Sie berichtete, dass die offiziellen UN-Einrichtungen in Afghanistan von

den Taliban zwar respektiert würden, dass aber die einheimischen Angestellten zunehmend unter Druck gesetzt würden. Für den UN-Sicherheitsrat war weiterhin relevant, dass die Stabilität und Sicherheit in den Grenzregionen zu anderen Staaten nicht gewährleistet schien, insbesondere, weil die Terrorgruppe des Islamischen Staates dort Rückzugs- und Operationsbasen unterhielt. Lyons dankte Katar und der Türkei, dass sie die Flugverbindungen nach Kabul aufrechterhalten haben, was UNAMA erlaube, mit eigenen Flugzeugen Hilfe zu transportieren. UNAMA selbst veröffentlichte am 10. Dezember, dem internationalen Tag der Menschenrechte, ein Statement, in dem unter anderem die Tötungen von vormaligen Mitgliedern staatlicher Sicherheitsbehörden, die Diskriminierung von Frauen oder die Behinderung der freien Meinungsäußerung genannt werden. Einen Tag zuvor, am 9. Dezember, hatte die UN-Verantwortliche für Politik und Friedensbildung im UN-Generalsekretariat, Rosemary DiCarlo, in Kabul erklärt, dass die UNO ihre 1949 begonnene Zusammenarbeit mit Afghanistan fortsetzen werde. DiCarlo hatte Treffen mit dem Taliban-Regime, Frauenrechtlerinnen und Mitgliedern zivilgesellschaftlicher Organisationen wahrgenommen.

„Wir retten auch uns selbst“

Constanze Stelzenmüller von der *Brookings Institution* in Washington kommentierte Anfang September, dass neben vielen anderen Aspekten das Ausmaß bemerkenswert war, in dem sich die Zivilgesellschaft bei der Evakuierung engagiert hat. In den USA half eine Koalition von Veteranenorganisationen, in anderen Ländern traten ähnliche private Netzwerke in Aktion. Nicht nur Afghanistan habe sich seit 2001 verändert, sondern auch der Westen. Insgesamt rund eine Million Soldat(inn)en, heutige Veteran(inn)en, und eine ungezählte Zahl von Diplomat(inn)en, Entwicklungshelfer(inne)n und Journalist(inn)en haben das Land näher kennengelernt, das wiederum ihr Arbeitsleben und ihr politisches Verständnis geprägt habe. Insofern bestehe zum einen die Hoffnung, dass Afghanistan so schnell nicht vergessen werde. Zum anderen sei Afghanistan zu einem Referenzpunkt geworden, an dem sich das Vertrauen zwischen Politiker(inne)n, Zivilgesellschaft und Streitkräften in westlichen Ländern auf Jahre hinaus bemessen werde. Stelzenmüller: „Unsere Priorität muss jetzt sein, die Afghanen zu retten. Aber wir retten auch uns selbst.“